



Glanzlose Wahl für Flavio Cotti

bs. Grosse Blumen für ein schwaches Resultat: Die Vereinigte Bundesversammlung hat gestern Bundesrat Flavio Cotti (cvp) zum Bundespräsidenten für das Jubeljahr 1991 gewählt. Der weitem beliebte Umweltminister schnitt bei seiner Wahl überraschend mässig ab. Bei einem absoluten Mehr von 98 Stimmen entfielen nur gerade

161 Stimmen auf den Tessiner. Das ist das schlechteste Wahlergebnis seit 1967. Die Spitzen der CVP werteten das Ergebnis des Innenministers als «politischen Dämpfer» für einen «starken und mutigen» Mann. Auch René Felber musste sich mit einem eher mässigen Resultat (160 Stimmen) zufrieden geben. (adv) **Seite 13**

Eklat bei Bundesrichterwahlen im Parlament – SP-Mann Martin Schubarth wurde nicht bestätigt

Richter-Abwahl ohne Vorwarnung

bin. Völlig überraschend hat die Bundesversammlung dem sozialdemokratischen Bundesrichter Martin Schubarth die Wiederwahl in sein Amt verweigert. Die SP hat die Nichtwahl als «politische Unkultur» kritisiert und will Schubarth am nächsten Mittwoch nochmals portieren.

Gegen den 1982 ins Bundesgericht gewählten Basler Martin Schubarth war vor der Wahl keine offene Opposition entstanden. Auch in den Fraktionen der Bundesversammlung war eine Abwahl Schubarths kein Thema gewesen. Schon bei früheren Wahlen hatte er aber wegen seiner prononciert linken politischen Haltung eher schlechte Resultate verzeichnet. Es war ihm auch vorgeworfen worden, dass er sich auf seiten der AKW-Gegner engagiert habe.

In den letzten Tagen hatten die Bundesparlamentarier einen Brief der Gesellschaft für freiheitliches Waffenrecht «Pro Tell» erhalten, wo auf eine Auseinandersetzung innerhalb des Bundesge-

richts zwischen Schubarth und dem Präsidenten des Kassationshofs, Edwin Weyeremann, hingewiesen wurde. Als «echte Überraschung» bezeichnete SVP-Nationalrat Theo Fischer die Nichtwiederwahl von Martin Schubarth. Zwar seien in der von ihm präsidierten Interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Vorbereitung der Richterwahlen «interne Auseinandersetzungen» im Zusammenhang mit Schubarth zur Sprache gekommen, doch seien die Wiederwahl des Richters oder dessen juristische Qualifikationen nie zur Diskussion gestanden. Vom Richterkollegium in Lausanne sei sogar ausdrücklich festgestellt worden, es liege kein Grund vor, einen Richter nicht mehr wiederzuwählen.

Bürgerlicher Racheakt?

Gemäss Theo Fischer könnte es zu einer Retourkutsche der bürgerlichen Parlamentarier auf die Attacken von SP-Präsident Peter Bodenmann bei der Wahl des Präsidenten von National- und Ständerat gekommen sei. Die SP-Fraktion führte die Nichtwahl auf politische Heckenschützen zurück, die ihre Gründe nicht offen vorzubrin-

gen wagten. «So ein Vorgehen ist hinterhältig und in keiner Weise akzeptabel», schrieb die Fraktion und wies darauf hin, dass ihr nie eine Kritik an Schubarth vorgetragen worden sei. Die Kompetenz Schubarths sei unbestritten gewesen, er habe den bürgerlichen Parlamentariern politisch nicht gepasst.

Wo blieb Transparenz?

Kritisch äusserte sich auch der Berner Ständerat Ulrich Zimmerli. Die vielbeschworene Transparenz bleibe völlig auf der Strecke, wenn das Parlament ohne vorherige Diskussion innerhalb der Fraktionen einen missliebigen Kandidaten einfach abwählten.

Die anderen 28 Bundesrichter und eine Bundesrichterin, welche zur Wiederwahl standen, wurden von der Bundesversammlung bestätigt. Nur knapp schaffte Bundesrichter Jean-Jacques Leu die Wahl. Sein Ergebnis lag nur um zwei Stimmen über dem absoluten Mehr.

Vor der Wahl hatte die Berner Nationalrätin Rosmarie Bär namens der Grünen geklagt, dass sich das oberste Gericht aus 29 Männern und nur einer Frau zusammensetze. **Seite 13**

Belper Gruppe füllt die Kasse

Galactina-«Umbau»

bwi. Die Galactina AG in Belp will ihre Marktkraft in den angestammten Bereichen mit Akquisitionen verstärken. Zu diesem Zweck wird die Mehrheitsbeteiligung an der Pharmaton SA in Lugano-Bioggio an die deutsche Boehringer Ingelheim verkauft. Der notwendige Ausbau der Pharmaton, bekannt durch Geriatrie-Produkte, hätte die Möglichkeiten von Galactina überstiegen, meinte gestern an einer ausserordentlichen Generalversammlung in Belp Verwaltungsratspräsident Hans Tschumi. Die 225 Aktionäre genehmigten die Umwandlung des PS-Kapitals in Namenaktien und eine Verdoppelung des Aktienkapitals auf 8,4 Millionen Franken. Die aus dem Pharmaton-Verkauf und der Kapitalerhöhung stammenden Mittel werden unter anderem in den europäischen Ausbau der Veterinärmedizin investiert. Auch die Labortechnik und die Stammhaustätigkeit – Kinderernährung und Erwachsenen-Diätetik – sollen erweitert werden. **Seite 17**

Transport der Schweizer Hilfsgüter nach Moskau und Leningrad

Doch kein Militärkonvoi?

ks. Noch steht nicht fest, wie die schweizerischen Hilfsgüter nach Moskau und Leningrad transportiert werden. Die Entsendung eines Konvois von Militärlastwagen gibt grosse Probleme auf. Der Schienen- oder Wasserweg wird deshalb ebenso in Betracht gezogen wie der Transport durch sowjetische Grossraumflugzeuge.

Eine vierköpfige Rekonoszierungsequipe des Schweizerischen Katastrophenhilfekorps (SKH) und des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) weilt gegenwärtig in der Sowjetunion, um dort die Bedürfnisse an Nahrungsmitteln und Medikamenten sowie die Transport- und Verteilungsmöglichkeiten abzuklären. In der Sowjetunion herrsche eine Notlage, aber keine Katastrophe, führte der SKH-Chef Charles Raedersdorf vor der Presse aus. Es gelte zu verhindern, dass eine unkontrollierte Hilfswelle auf die UdSSR überschwappe. Die spendefreudigen Schweizer sollten sich deshalb noch einen Moment mit Geduld wappnen. Schon heute gebe es Berichte, wonach ein Teil der von andern Staaten gelieferten Hilfsgüter ihr Ziel nicht erreichten.

Besonders genau gilt es deshalb die Transportmöglichkeiten zu erkunden. Hilfe aus Deutschland beispielsweise sei

in Moskau nur unter der Bedingung akzeptiert worden, dass sie nicht mit Lastwagen der Bundeswehr eingeführt werde, berichtete der SKH-Chef. Zudem bestehe die Gefahr, dass Lastwagenkonvois mit Nahrungsmitteln unterwegs überfallen und ausgeraubt würden. Die UdSSR müsste deshalb zumindest auch den Schutz eines Schweizer Militärkonvois sicherstellen.

EMD-Chef Bundesrat Villiger hatte am Montag von der Möglichkeit gesprochen, mit dem Armeetransport in die Sowjetunion einen Aspekt der neuen «ausgreifenden Sicherheitspolitik» in die Tat umzusetzen. «Ich helfe gerne mit, der Armee ein neues Image zu verleihen», meinte jetzt Raedersdorf; aber es sei trotzdem zu prüfen, ob der Transport nicht besser auf der Schiene, auf dem Wasser (über Hamburg nach Leningrad) oder mittels sowjetischer Grossraumflugzeugen durchgeführt werde. Der SKH-Chef erinnerte daran, dass bereits die Notbehaltungen für die durch ein schweres Erdbeben obdachlos gewordenen Armenier auf dem Luftweg ab Cointin an ihren Bestimmungsort gebracht worden seien.

Da die Armee für einen allfälligen Transport in die Sowjetunion zwei Monate Vorbereitungszeit braucht, werden Anmeldungen von Militärmotorfahrern mit Ausweis der Kategorie 3 weiterhin entgegengenommen (Bundesamt für Transporttruppen, Tel. 031/67 28 67).

Heute im Bund

Nepals Wasser

Zwar verfügt das Königreich am Himalaja naturgemäss über genügend Wasser. Aber es fliesst ungenutzt ab oder erreicht die Menschen oft verschmutzt. **Seite 2**

In der Baracke

Der Kanton Bern hat Unterbringungsprobleme für neu ankommende Asylbewerber: Blick in eine Flüchtlingsbaracke hinter dem Berner Schlachthof. **Seite 27**

Adventskalender

In der Überbauung Kappelenring in Hinterkappelen haben sich Bewohner einen aussergewöhnlichen Adventskalender einfallen lassen: Jeden Tag lädt eine andere Familie Anwohner ein. **Seite 30**

Ein Scherbenhaufen

Kulturraumplanung in der Stadt Luzern: Das baureife Projekt «Pro Arte» ist überraschend abgeblasen worden. **Seite 33**

Ausland	3/5	Region Bern	26–29
Briefe an den «Bund»	7	Kanton Bern	30/31
EXTRA:		Feuilleton	33/35
Schatten der Schlagzeilen	9	Roman	35
TV/Radio	11	Sport	37/39
Schweiz	13/15	«Bärm»-Sport	41
Wirtschaft	17/19	Wohin man geht...	47
Börsen/Märkte	21	Letzte Seite	48
Bern	25	Mini-Teile	5. Blatt

Verhandlungen vor dem Scheitern – Verhandlungsfrist gesetzt

Gatt: High-noon in Brüssel

ap/sda. Die Gatt-Verhandlungen für eine weitergehende Liberalisierung des Welthandels stehen vor dem Scheitern. Im Zentrum steht der erbitterte Streit um den Abbau der Agrarsubventionen. Dieser gipfelte in einem Ultimatum des GATT-Sekretariats, bis heute mittag Kompromissbereitschaft zu zeigen.

Die Hoffnung, dass der «gordische Knoten» doch noch zerschlagen werden kann, richtete sich auf eine gemeinsame Sitzung der EG-Handels- und Agrarminister von gestern abend. Es blieb vorläufig bei der Hoffnung. Denn der EG-Ministerrat hat sich «einhellig für Verhandlungen im globalen Umfang und nicht in einzelnen Dossiers» ausgesprochen, wie gestern erklärt wurde. Die EG-Kommission fordert einmal mehr parallele Verhandlungen in den fünf Bereichen Landwirtschaft, Textilien, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Gatt-Regeln. Ausser den USA seien mit diesem Vorschlag alle andern Gatt-Staaten einverstanden.

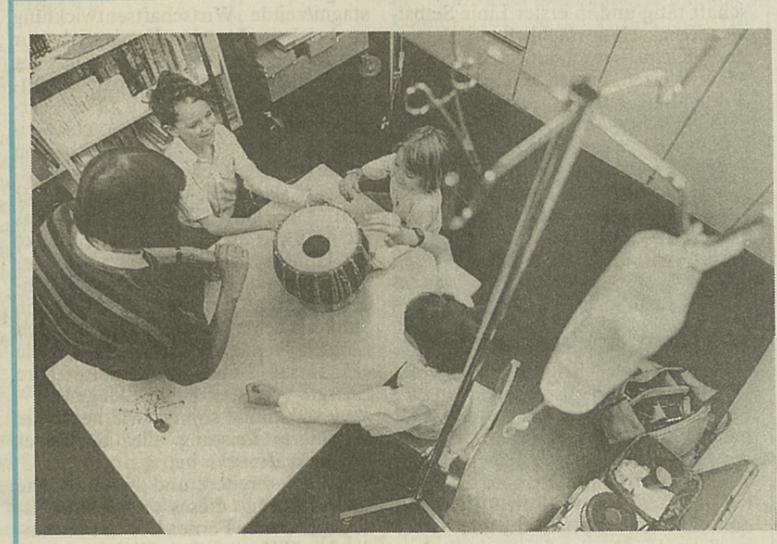
Optimistischer Delamuraz

Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz zeigte sich weiterhin zuversichtlich: Er erwarte heute einen Durchbruch im Agrarstreit zwischen der EG und den USA. Beide Seiten müssten und könnten Konzessionen machen. Die Blockierung

der Gespräche hält Delamuraz für «heilsam». Möglicherweise würden die Agrargrossproduzenten um die USA und die sogenannte Cairns-Gruppe als erste von ihrer Position eines Subventionsabbaus von 70 bis 90 Prozent abrücken. Danach wäre es auch der EG möglich, ihre Offerte für eine Reduktion der internen Unterstützungsmassnahmen um 30 Prozent anzugleichen. Ein Kompromiss in der Agrarfrage könnte in den meisten anderen Verhandlungskörben innert Kürze zu Lösungen führen. Hingegen erwarte niemand mehr, dass in Brüssel für alle Bereiche detaillierte Vertragsentwürfe erarbeitet werden. Die Schweiz ihrerseits halte daran fest, die Landwirtschaftssubventionen innert zehn Jahren um 20 Prozent abzubauen.

Efta-Erklärung

Die sechs Efta-Staaten (Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland, Norwegen und Island) haben der Gatt-Schlusskonferenz gestern eine gemeinsame Erklärung zu den Beziehungen zwischen «Handel und Umwelt» vorgelegt. Sie unterstützen darin zwar eine weitere Liberalisierung des Welthandels, «Leidtragender» dürfe aber nicht der Umweltschutz werden. Die Initiative geht insbesondere auf die Schweiz und Österreich zurück. Beide Länder warnten an der Gatt-Konferenz die 107 Mitgliedstaaten speziell vor den Umweltgefahren, die ein unkontrollierter Zuwachs des Strassengüterverkehrs im Alpenraum mit sich bringt. **Seite 19**



Schule und Kindergarten für hospitalisierte Kinder

Im Berner Kinderspital geht der Kindergarten- und Schulalltag auch für hospitalisierte Kinder weiter. Er ist aber alles andere als grau und setzt dem Spitalaufenthalt viele bunte Farbtupfer auf. (Bild: hut) **Seite 25**